



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918

Deutsches Reich / Auswärtiges Amt

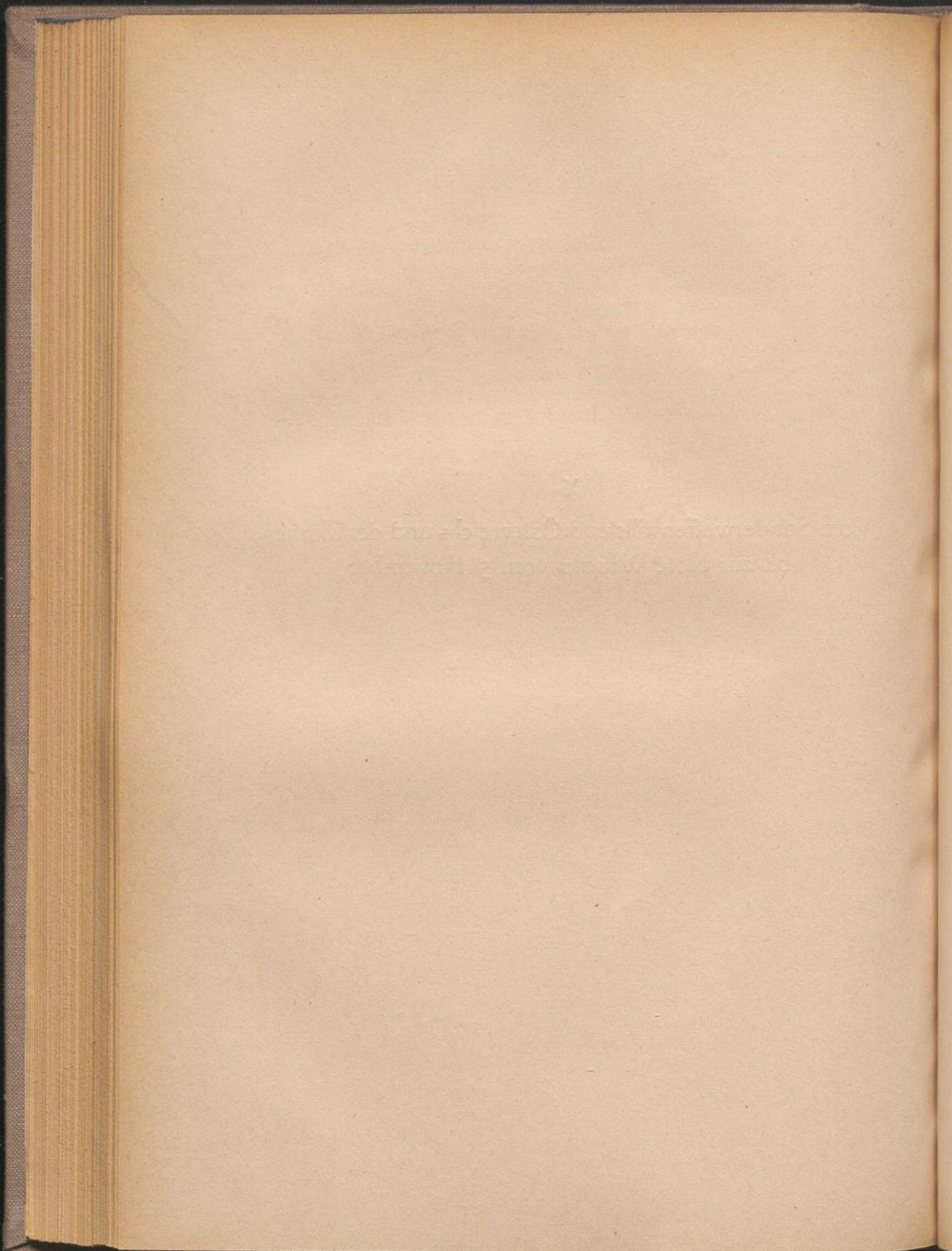
Berlin, 1924

X. Vom Sonderwaffenstillstand Oesterreichs und der Türkei bis zur Note
Wilsons vom 5. November

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76957](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76957)

X

Vom Sonderwaffenstillstand Österreichs und der Türkei
bis zur Note Wilsons vom 5. November



Staatssekretärsitzung vom 28. Oktober 1918, vorm. 10 Uhr

Protokollauszug

Anwesend:

Exzellenzen von Payer,
Friedberg,
Graf Rödern,
von Mann,
Groeber,
Scheidemann,
Erzberger,
Trimborn,
Wahnschaffe;

Geheimräte Simons,
von Schlieben,
von Stumm

Es erscheinen die Generale von Mudra und von Gallwitz

von Payer: Wir haben das selbstverständliche Bedürfnis, in diesen kritischen Tagen von verschiedener sachverständiger Seite zu hören, wie wir die Lage aufzufassen haben. Wir möchten bitten, über die militärische Lage, Stimmung und ganze Situation im Heere sowie über die Meinung der Herren Auskunft zu erhalten, ob wir überhaupt und mit welcher Aussicht auf Erfolg weiterkämpfen können.

von Gallwitz: Die Armee hat in den monatelangen Kämpfen natürlich gelitten. Fortgesetzte Offensiven und rückwärtige Bewegungen haben sie stark angegriffen. Die Kopfzahl der einzelnen Verbände ist stark zurückgegangen. Gleichwohl haben diese geschwächten Divisionen in letzter Zeit noch sehr guten Widerstand geleistet. Die geringe Zahl der Kämpfer tritt in der Defensive weniger in die Erscheinung wie bei Offensiven. Zu solchen Kampfhandlungen seien wir augenblicklich nicht befähigt. Wohl aber zu nachhaltiger Abwehr. Der Gegner sei uns sehr überlegen. Er werde auch militärisch sehr gut geführt. Andererseits habe unsere Truppe zahlreiche Beispiele von persönlicher Tapferkeit und zähem Widerstand gegeben. Der Franzose sei selbst auch sehr geschwächt. Seine Einheiten wären verringert. Der Engländer sei zahlenmäßig besser daran, aber auch seine Angriffskraft sei stark gesunken. Der Amerikaner sei besonders frisch und zahlenmäßig sehr stark. Er habe auch vorzügliches Menschenmaterial in den ersten Kampfhandlungen eingestellt. Leute in den zwanziger Jahren. Diese guten Divisionen hätten aber ganz kolossale Verluste erlitten. Der Amerikaner empfindet das. Seine Stimmung sei daher nicht begeistert. Sein politisches Verständnis sei erschreckend gering, aber es seien urwüchsige, frische Leute in den besten Jahrgängen. Aber es wäre anzunehmen, daß die Ersatztransporte jetzt die älteren Jahresklassen

bringen würden. Der Amerikaner sei ein sehr zu schätzender Gegner, seine Angriffskraft habe aber jetzt nach großen Verlusten sehr nachgelassen. Er werde aber nach Ergänzung zweifellos zu neuen Stößen vorgehen.

Unsere Kräfte haben zweifellos gut gehalten. Es steckt also in unserer Truppe noch ein guter Kern und noch sehr viel Elemente, die widerstandsfähig sind. Aber die moralische Einwirkung aus der Heimat hat sich sehr ungünstig bemerkbar gemacht; besonders die Länge des Krieges und die Lage der Verwandten in der Heimat habe ungünstig auf die Widerstandskraft der Truppe eingewirkt. Ebenso habe oft der Heimatsurlaub schlecht gewirkt. Die Leute seien oft in schlechterer Stimmung aus der Heimat zurückgekommen, als sie dahingegangen seien. Ungünstig habe sich auch bemerkbar gemacht, daß wir die Presse aller Richtungen ungehindert hätten im Heere sich verbreiten lassen. Auf dem Boden der Kriegsmüdigkeit und der Sehnsucht nach dem Frieden sowie beeinflußt durch politische Vorgänge in der neueren Zeit habe sich eine schlechte Stimmung gegen das Weiterkämpfen, insbesondere auch gegen die Disziplin bemerkbar gemacht. Es seien meist nur einzelne Teile und gewisse Zentren, aus denen die Stimmung hervorgehe und die der Heerführung bekannt seien. Außerlich trete es im Nachlassen der militärischen Haltung und der Disziplin zutage, im Kampfe darin, daß diese kriegsmüden Elemente teils die Nerven verlören, teils sich drückten. Die Drückebergerei habe einen erschreckenden Umfang angenommen, besonders in Waldgefechten. Die innere Struktur der Armee habe durch diese Beeinflussung gelitten, und dies mache sich neben der zahlenmäßigen Ueberlegenheit besonders bemerkbar. In allerletzter Zeit habe unser Waffenstillstandsangebot ungünstig eingewirkt. Ferner die Zustimmung zu der Räumungsforderung.

Trotzdem könne die Armee noch als widerstandsfähig hingestellt werden, wenn gewisse strategische Maßnahmen getroffen und die Stimmung gehoben würde. Zunächst müsse für erhöhten Ersatz gesorgt werden. Es muß alles ausgebildete Personal herangezogen werden, auch müsse sonst in der Heimat noch weiter durchgesehen werden. Einmal um Leute zu bekommen, andererseits um der Mißstimmung in der Armee darüber entgegenzutreten, daß noch viel kriegsverwendungsfähige Leute sich in der Heimat herumdrückten. Auf qualitativer Seite müsse die Stimmung in der Armee gestärkt werden. Nach seiner Meinung sei es notwendig, daß, wenn wir uns entschlossen, noch weiter zu kämpfen, ein gewaltiger Appell an Heimat und Heer ergeht. Hierdurch würde auch ein großer Eindruck auf die Feinde erzielt werden. Das jetzige fortgesetzte Ersuchen um einen Waffenstillstand habe nur den Eindruck unserer Schwäche gemacht. Der Gegner sei zu gut geführt und mit einer vorzüglichen Propaganda versehen. Durch diese sei jetzt ein wilder Kriegstaumel beim Gegner entfacht. Zu unseren militärischen Mißerfolgen kommen nun diese fortgesetzten Bitten um einen Waffenstillstand. Dieser Ansicht von unserer Schwäche beim Feinde könne nur dadurch entgegengetreten werden, daß wir ihm die Ueberzeugung beibrächten, daß wir noch nicht

aus dem letzten Loche pfeifen. Ein allgemeiner Appell an das Volk müßte von allen Stellen gemeinsam ausgehen, so daß durch Fassung und Verbreitung alles Trennende zurückgestellt werde. Ein Appell des Kaisers allein würde bei den jetzigen Verhältnissen nicht ausreichen. Erhebliche Kreise der Armee seien damit einverstanden, daß die neue Regierung die Sache mit in die Hand nehme. Wenn sie zu der Ueberzeugung käme, daß wir nicht glatt zu kapitulieren brauchten, was er für ein Unglück ansehen würde, so müsse alles Trennende in Armee und Volk zurückgestellt und ein großer markiger Appell von der alten Gewalt und von der neuen Regierung an Volk und Heer ergehen; dadurch wäre eine gute Wirkung auf den Feind zu erwarten. Jetzt müßten wir das letzte Mittel zeigen, um zu beweisen, daß es noch nicht zu schlecht mit uns stehe.

General v o n M u d r a stimmt vollständig bei. Wir hätten keine Veranlassung, die Flinte ins Korn zu werfen. Die Hauptschwierigkeit sei, daß die Armee ermüdet sei. Wenn wir erreichen könnten, daß wir soviel Ersatz bekämen, um einige Divisionen mal wieder schlafen zu lassen, dann sei es gut. Das ewige Wiedereinsetzen zum Kampf fresse am Mark der Truppe. Also brauchten wir mehr Ersatz, und nicht nur quantitativen, sondern auch qualitativen. Der gemeinsame Appell an Volk und Heer müßte von Kaiser und Reichsleitung zugleich erfolgen, dann würden die schlechteren Teile der Armee wieder dazu geführt werden, wieder alles für die Not des Vaterlandes herzugeben. Wir brauchten noch lange nicht zu kapitulieren. Anders sei es allerdings, wenn Oesterreich wackelig werde. Dann könnten allerdings Erschütterungen eintreten, daß wir genötigt werden, etwas eher den Moment ins Auge zu fassen, in dem wir dem Feinde entgegenkommen müßten.

v o n P a y e r dankt beiden Generalen für ihre wichtigen Ausführungen und fragt sie, wie lange sie glauben würden, daß das Auflackern der Begeisterung und Stimmung dauern würde und wie lange wir überhaupt weiterkämpfen könnten. Was für Aussichten hätten wir bei einem Weiterkampf, und wann würde der Zeitpunkt eintreten, wo wir unterliegen müßten?

v o n G a l l w i t z : Auf eine bestimmte Zeit könne er sich natürlich nicht festlegen. Jetzt käme zunächst der Winter, dann würden wir etwas Ruhe haben. Hielten wir aber über den Winter aus, dann würden wir einen besseren Frieden bekommen. Völligen Umschwung durch eine großzügige Offensive mit vollem Sieg halte er für uns allerdings nicht mehr für möglich. Wohl aber festes, defensives Durchhalten. Wenn der Gegner sähe, daß wir uns doch nicht besiegen ließen, so werde er zu verständigerer Auffassung kommen. Auf Grund der jetzigen Lage werde nur die Kapitulation von uns gefordert werden. Schlimmer als diese können die späteren Forderungen auch nicht mehr sein.

Die Frage, ob nicht jetzt ein flammender Aufruf den Abbruch der Verhandlungen zur Folge haben würde, glaube er verneinen zu müssen. Die

diplomatischen Fäden könnten ruhig weitergesponnen werden. Sie müßten jedoch nicht mehr so öffentlich auf die Armee einwirken dürfen wie bisher.

v o n P a y e r betont, daß das Waffenstillstandsangebot der Regierung von der Obersten Heeresleitung aufgenötigt worden sei. Auch mit der Zustimmung der Räumung habe sich die Oberste Heeresleitung ausdrücklich einverstanden erklärt. Jetzt sei die Regierung selbst ängstlich geworden, daß jeden Tag eine Katastrophe eintreten könne. Die Verhältnisse würden sich ständig für uns verschlechtern mit Verschlechterung der Stimmung in der Armee. Er frage, ob wir nicht, wenn wir weiterkämpften, immer noch der Gefahr einer Katastrophe ausgesetzt seien.

v o n G a l l w i t z : Er könne nur sagen, daß er sehr erstaunt gewesen sei, als das Waffenstillstandsangebot erfolgt sei und noch mehr über unser Eingehen auf die Räumungsforderung. Daß wir mal zu Verhandlungen kommen müßten, sei ihm klar, aber nicht notwendig sei es gewesen, daß wir so weit entgegenkamen. Dies habe die Armee sehr beunruhigt. Die Räumung bedeute völlige Waffenstreckung. Wenn wir bis zur Landesgrenze zurückgingen, müßten wir mit dem Kampfe aufhören, weil sonst unser eigenes Land verwüstet würde. Jetzt können wir aber noch weiter durchhalten.

v o n M u d r a : Wenn unser weiterer Widerstand dazu führen würde, daß wir später schlechter behandelt werden, so wäre ich auch dafür, daß wir den Widerstand aufgeben. Aber jetzt müßten wir noch Zeit gewinnen, um gegen einen entehrenden Frieden Front zu machen. Kommen jetzt entehrende Bedingungen, dann muß jedenfalls der Aufruf erfolgen.

E r z b e r g e r : Glauben die Herren nicht, daß die Wirkung, die der Appell an das Volk haben würde, dadurch wieder ausgeglichen wird, daß der Feind stärker wird? So daß er schließlich durchbrechen kann?

Wie würden die Herren den Abfall von Oesterreich bewerten?

v o n M u d r a : Ich würde die Tatsache, daß die Italiener dann nach Frankreich kämen, für sehr schlimm halten, aber das werde viel Zeit kosten, und die Italiener würden nicht so schnell zum Angriff übergehen können. Wir brauchten aber überhaupt nur unsere Armee ausruhen zu lassen. Sei dies geschehen, dann könnten uns die Gegner überhaupt nicht schlagen oder es zum Durchbruch bringen.

v o n G a l l w i t z : Was den Kräftezuwachs des Gegners betrifft, so sei dieser schon in der letzten Zeit durch die Einwirkung der Kampfhandlungen aufgehoben worden. Die Kampfkraft der Franzosen sei erheblich zurückgegangen. Außerdem machten sich die Friedensströmungen sehr in den gegnerischen Ländern bemerkbar. Nur jetzt sei die Stimmung durch die Erfolge gehoben. Die englische Armee sei allerdings verhältnismäßig kräftig, aber ihre Leistungsfähigkeit habe auch nachgelassen. Wenn wir weiter die Defensive durchhielten und dem Gegner große Verluste beibrächten, so werde sein Kräftezuwachs wieder ausgeglichen werden, so daß eine Katastrophe bei uns nicht zu befürchten sei. Er glaube also nicht,

daß sich das Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten wesentlich verschieben würde.

Durch den Sonderfrieden Oesterreichs werde die Lage allerdings ganz verändert. Es wären zwei Möglichkeiten vorhanden, die eine, daß Oesterreich zwar nicht mehr weiterkämpfe, aber auch keine uns unfreundlichen Handlungen vornähme, insbesondere keine feindlichen Truppen durchließe, oder aber, daß Oesterreich doch hierzu gezwungen würde. Im letzteren Falle, der ähnlich wie in Bulgarien liege, würde die Entente die Ukraine und Rumänien für uns abschneiden. Die italienischen Kräfte würden auf jeden Fall an die Westfront gezogen werden. Dies sei sehr schlimm, weil unsere Vogesenfront schwach besetzt sei. Es könnte dies der Tropfen sein, der das Faß zum Ueberlaufen brächte

H a u ß m a n n : Seien die Generale der Ansicht, daß wir die Verhandlungen abbrechen und die Volkserhebung organisieren müßten, dann könnten wir jetzige Verhandlungen mit Wilson nicht aufrechterhalten. Oder sollten wir erst abbrechen, wenn sie uns unwürdige Bedingungen auferlegen? . . .

v o n G a l l w i t z : Wenn wir Appell an das Volk richten, dann ist Abbruch der Verhandlungen mit Wilson notwendig, da es sonst als Farce erscheinen würde. Auch würden wir ja dann auf feindlichem Boden weiterkämpfen wollen, also das Räumungsangebot zurückziehen müssen. Also erst Abbruch der jetzigen Verhandlungen und dann Appell an das Volk. Zunächst jedoch Antwort abwarten und dann Entscheidungen treffen, damit, falls entwürdigende Anträge kommen, weitergekämpft werden könne.

S o l f teilt die neuesten Vorgänge in Oesterreich, insbesondere das Sonderfriedensangebot, mit und verliest diese Note, wie sie im Ausland bereits veröffentlicht ist. Die Note bedeute den Separatfrieden und werde einer Kapitulation gleichkommen. Die Konsequenzen seien schwer. Rumänien würde uns nicht mehr Vorteile bieten. Unsere süddeutsche Front werde gefährdet, die Italiener würden an die Westfront gehen und diese gefährden.

v o n G a l l w i t z : Wir dürfen gleichwohl nicht die Flinte ins Korn werfen; es seien das vorläufig nur alles Vermutungen. Wir müßten erst sehen, wie lange wir es noch aushielten; es kann nicht mehr schlechter werden. Vom Standpunkt der nationalen Ehre dürfe man nicht Schicht machen, solange die Armee noch in Widerstandskraft dastehe. . . .

G r o e b e r stellt die Frage, ob wir, wenn uns entwürdigende Bedingungen gestellt würden, dann noch in der Lage sein würden, dauernden Widerstand zu leisten. Einige Zeit wohl sicher noch. Könnten wir vernünftigerweise sagen, es muß noch weitergekämpft werden mit Hoffnung auf günstigere Bedingungen? Werden uns nicht noch ungünstigere gestellt werden, wenn wir jetzt abbrechen? Wir stoßen Wilson zurück, und England und Frankreich bekommen Oberwasser.

Der Standpunkt der nationalen Ehre ist für uns alle maßgebend. Schon die Räumungsbestimmung ist uns sehr schwer gefallen; wir standen aber unter dem Druck des Militärs. Dürfen wir aber nur mit Rücksicht auf Ehrestandpunkt Kampf fortsetzen, der aussichtslos ist und nur Gegner veranlaßt, uns später noch härtere Bedingungen aufzuerlegen?

v o n G a l l w i t z : Die Frage, ob wir uns dauernd oder nur vorübergehend halten können, ist nicht zu beantworten möglich. Er sei aber der Ansicht, daß wir den Widerstand noch eine ganze Weile fortsetzen könnten; könne sich aber nicht auf bestimmte Zeit festlegen. Daß der Feind uns infolge des Appells an das Volk und Fortsetzung des Kampfes später schlechtere Bedingungen stellen werde, glaube er nicht; er werde uns jetzt schon so gering einschätzen, daß er alles verlangen werde. Wir müßten zunächst die nächste Antwort abwarten, dann aber sei es Zeit, zum Entschluß zu kommen. Dann sei auch nicht ein Moment zu verlieren, um letzten Appell an Waffengewalt zu richten. Er hoffe davon lediglich moralische Wirkung, die Hebung der Stimmung.

Die Parteien der Regierung müßten jetzt auf die Soldaten einwirken, daß es ihre Pflicht sei, jetzt herauszugehen und alles herzugeben. Die Leute dürften nicht als unzufriedene Elemente hinausgehen. Die Macht der politischen Führer sei so groß, daß sie auf Leute guten Einfluß ausüben könnten . . .

v o n G a l l w i t z erwidert auf die Frage v o n P a y e r s , daß es zutreffen könne, daß 2 300 000 Amerikaner in Frankreich seien. Dies seien aber nicht alles Kampftruppen, sondern sehr viel gehe auf Hilfstruppen, Eisenbahntruppen usw. ab. Jetzt seien 42 amerikanische Divisionen mit je 12 überstarken Bataillonen in Frankreich. Das Verhältnis sei für uns noch ungünstiger, da unsere Divisionen zahlenmäßig sehr geschwächt seien. In den Argonnen habe ein Truppenführer das Zahlenverhältnis von uns zu den Feinden auf 1 : 15 angegeben. Wenn dies auch vielleicht zu hoch sei, so sei 1 : 6 jedenfalls richtig. Die Masse allein aber mache es nicht.

Wenn Oesterreich alle Bahnen zum Durchmarsch zur Verfügung stelle, dann müsse man allerdings die letzten Konsequenzen ziehen, man müsse aber doch erst abwarten, ob Oesterreich sich so entwürdigen würde.

v o n M a n n betont, daß wir jederzeit den U-Boot-Krieg wieder aufnehmen könnten, tatsächlich sei er jetzt eingestellt. Dies werde die Armee an der Westfront bald spüren. Bisher hätten wir jede halbe Stunde 33 Waggons versenkt. Sehr schmerzlich sei die Aufgabe des U-Boot-Krieges im Mittelmeer. Wenn weitergekämpft werden sollte, dann müßten wir den U-Boot-Krieg wieder aufnehmen . . .

v o n G a l l w i t z : Auf die Frage F r i e d b e r g s über die Stärke der Salonikiarmee sei er nicht in der Lage, zahlenmäßige Auskunft zu geben. Sie sei bisher nicht in der Lage gewesen, etwas Ernstliches gegen uns zu unternehmen, solange die Bulgaren standhielten. Jetzt sei sie ein beachtlicher Gegner geworden.

von Mudra: Wenn Oesterreich bedingungslos kapituliert und sich auf Seite der Feinde stellt, dann ist Sache für uns verloren. Nach der Katastrophe in Oesterreich müssen Vorbereitungen für letzte Aktion sofort getroffen werden.

Friedberg: Wenn man Kampf bis zum letzten Mann durchführt, so besteht große Gefahr, daß die Armee nachher zurückflutet. Wir müssen aber einen Teil der Armee für die innere Sicherheit intakt halten . . .

von Gallwitz faßt seine Ansicht noch einmal dahin zusammen, man müsse zunächst die Antwort Wilsons abwarten, um zu sehen, ob er auf dem jetzigen Standpunkt stehen bleibt, und dann die Entwicklung in Oesterreich abwarten. Werde Oesterreich Gegner, dann sei ein neuer Standpunkt geschaffen.

Hierauf entfernen sich die beiden Generale . . .

Solf teilt noch nachträglich mit, daß der General **von Gallwitz** ihm noch gesagt habe, er habe den österreichischen Abfall vorhin zu schwarz eingeschätzt, da er im Augenblick übersehen habe, daß wir im Osten und Südosten noch mehrere Armeen stehen hätten. Er sähe deswegen die Lage nicht mehr für so schwarz an.

Nr. 86a*)

**Der Chef des Generalstabes
des Feldheeres Generalfeldmarschall von Hindenburg an den
Staatssekretär a. D. von Hintze im Grossen Hauptquartier**

Schreiben

Großes Hauptquartier, den 29. Oktober 1918

Deutsche militärische Interessen lassen es erwünscht erscheinen, daß bei Sonderfriedensschluß Oesterreich-Ungarns folgendes erreicht wird:

- „a) Möglichkeit, daß unsere in Ungarn, Rumänien und der Ukraine stehenden Truppen durch österreichisch-ungarisches Gebiet nach Deutschland oder aus Ungarn zunächst nach Rumänien oder der Ukraine transportiert werden können.
- b) Möglichkeit, daß unsere Truppen in den drei Gebieten weiterhin durch Oesterreich-Ungarn hindurch versorgt werden können.
- c) Aufrechterhaltung unserer wirtschaftlichen Transporte aus Rumänien und der Ukraine durch österreichisch-ungarisches Gebiet.
- d) Möglichkeit des Abtransportes für unsere deutschen Formationen in Italien.“

Ich wäre dankbar, wenn auf die österreichisch-ungarische Regierung entsprechend eingewirkt würde.

gez. von Hindenburg

Vermerk von der Hand des Vertreters des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier: „Nach Erledigung zurück. Freiherr von Lersner. 30. X.“

*) Neu aufgenommen.

Nr. 86b*)

Meldesammelstelle Freiburg i. Br. an Oberste Heeresleitung

Telegramm

Angekommen: 7 Uhr 30 Min. nachm.

Freiburg im Breisgau, den 28. Oktober 1918

Zuverlässiger Vertrauensmann übermittelt schriftlich vom 26. d. M. Meldung der glaubwürdigen X. Diese erfuhr von dem Adjutanten des französischen Militärattachees in Bern: Auf der französischen Gesandtschaft ist man mit dem Inhalt und der Schnelligkeit der letzten Wilsonschen Antwortnote gar nicht einverstanden. Frankreich kann sich nach den gebrachten Opfern nicht den Willen Amerikas vorschreiben lassen. Es ist mit England darin einig, daß der Krieg bis zur Besetzung Deutschlands fortgeführt werden muß. Der Augenblick, in dem die Beziehungen zu Amerika schwierig werden, naht heran, man erwartet die Ankunft des von Wilson entsandten Oberst House, um zu verlangen, daß Amerika, dessen Kriegshandlungen leichtsinnigerweise dem Volke gegenüber zu sehr übertrieben wurden, darauf verzichtet, Frankreich seinen Willen aufzuzwingen. Andererseits ist der Augenblick für eine Spannung mit Amerika schlecht gewählt, denn man hat gerade um die Hilfe der amerikanischen Reserven gebeten, um den deutschen Widerstand bei Valenciennes brechen zu können. Man befürchtet, daß Meinungsverschiedenheiten ein Aufhören der amerikanischen Hilfe zur Folge haben könnten.

*) Neu aufgenommen.

Nr. 86c*)

Meldestelle Düsseldorf an Oberste Heeresleitung

Telegramm

Angekommen: 10 Uhr 53 Min. nachm.

30. Oktober 1918

Aus Amsterdam: Erprobter Gewährsmann erfuhr in Kreisen der englischen Gesandtschaft im Haag:

Zwischen Wilson und Pershing sind in der Waffenstillstandsfrage Differenzen entstanden, die vielleicht entscheidende Folgen zeitigen werden. Pershing, der seit einiger Zeit Beziehungen zu dem republikanischen Kriegskomitee unterhalten soll, hat sich offen und nachdrücklich für die notwendige Fortsetzung des Krieges eingesetzt. Pershing habe den republikanischen Blättern Interviews zu Propagandazwecken übermittelt, ein Material, das in wirksamster Weise bei dem Wahlfeldzug zu persönlichen Angriffen gegen Wilson verwandt wird. Oberst House erhielt Anweisungen, die Angelegenheit aufzuklären.

Erprobter Gewährsmann erfuhr von englischen Pressevertretern im Haag:

ein an das Kriegsdepartement in Washington gerichtetes Gutachten des Generals Pershing über die Waffenstillstandsbedingungen fordert die Besetzung der Rheinfestungen bis Wesel.

•) Neu aufgenommen.

Nr. 86d*)

**Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr
v. Stumm an den Staatssekretär a. D. von Hintze
im Grossen Hauptquartier**

Telegramm

Abgegangen: 9 Uhr 45 Min. nachm.

Berlin, den 29. Oktober 1918

Gesandter Haag meldet unterm 28. d. M.:

„Zuverlässiger Gewährsmann meldet:

Oberst House hat am 17. Oktober New York mit Hochsee-Torpedoboot verlassen, ist am 23. Portsmouth eingetroffen, 24. vom König empfangen und 26. Versailles abgereist. Gewährsmann schildert Ludendorffs Entlassung als Erleichterung für Verhandlungen und bedeutende Entlastung Kaisers, da Ludendorff durch dauernde falsche Orientierung auf Seine Majestät schlechten Einfluß ausgeübt habe.

Der hiesige amerikanische Gesandte glaubt, Seine Majestät werde sich offener und ehrlicher Orientierung seitens letziger Regierung nicht verschließen.“

gez. S t u m m

*) Neu aufgenommen.

Nr. 86e*)

Die Meldestelle Düsseldorf an die Oberste Heeresleitung

Telegramm

Angekommen: 12 Uhr 3 Min. nachm.

Düsseldorf, den 30. Oktober 1918

Aus Amsterdam: Erprobter Gewährsmann erfuhr in Kreisen der englischen Gesandtschaft im Haag: Bei den interalliierten Beratungen über die Waffenstillstandsbedingungen sind in letzter Stunde erhebliche Schwierigkeiten entstanden. Die hauptsächlich durch republikanische Wahlpropaganda ausgelösten chauvinistischen Strömungen in den Vereinigten Staaten haben die assoziierten Regierungen vor neue Beschlüsse gestellt, zumal ein Teil der englischen Regierungsmitglieder wie Balfour, Churchill, Cave, abgesehen von Northcliffe und seinen Trabanten, dem in letzter Zeit in gemäßiger Richtung eingestellten englischen Premierminister die Berücksichtigung der amerikanischen Knock-out-Politik empfehlen.

Die französische Regierung hält nach Räumung der besetzten Gebiete die Besetzung Elsaß-Lothringens zur Gewährleistung der militärischen Suprematie der Ententeheere als genügend. Lloyd George soll bisher den Standpunkt der französischen Regierung teilen.

Die britische Admiralität dränge aber auf weitgehende Forderungen. Auslieferung der U-Boote und Besetzung Helgolands.

Hinsichtlich der deutschen Thronangelegenheit ist die Stellung der Ententerregierungen noch nicht geklärt. Die englische und französische Regierung betrachten die Frage nicht als sehr wesentlich. Wilsons Standpunkt ist noch nicht festgelegt. Es ist zwar möglich, daß die gegenwärtigen chauvinistischen Strömungen ihn veranlassen werden, den Thronverzicht des Kaisers und Kronprinzen als *conditio sine qua non* zu behandeln.

*) Neu aufgenommen.

Nr. 87

**Der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Seiner Majestät
Wirklicher Legationsrat von Grünau an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Ankunft 7 Uhr 15 Min. nachm.

Hofzug, den 30. Oktober 1918

Der Vertreter von General von Cramon hat Seiner Majestät gemeldet:

„Seine Apostolische Majestät haben mir als Stellvertreter des Generals von Cramon heute in Audienz befohlen, Euerer Majestät zu melden, wie sehr es Seine Apostolische Majestät bedauern, durch den hoffnungslosen Zustand der Truppen an der Südwestfront und die Besorgnisse vor bolschewistischen Ereignissen gezwungen gewesen zu sein, eigene Wege zu gehen. Ich habe Seiner Apostolischen Majestät erwidert, daß die Erwähnung des Entschlusses in der Note an den Präsidenten sehr peinlich überrascht hätte. Ich habe Seine Apostolische Majestät außerdem untertänigst darauf hinweisen zu müssen geglaubt, daß ein Eingehen auf Bedingungen, wie sie Bulgarien angenommen hat, eine schwere Bedrohung unserer Südgrenze bedeute und alleruntertänigst gebeten, derartige Forderungen abzulehnen.“

gez. Grünau

Nr. 88

Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm

30. Oktober 1918

Seine Apostolische Majestät an Seine Majestät den Deutschen Kaiser

Ich war heute früh genötigt, da die militärische Lage unhaltbar geworden ist, den Italienern einen Waffenstillstand anzutragen. Falls aber die Italiener die Bedingung stellen, daß die Bahnen durch Tirol und Kärnten (Tauernbahn, Brennerbahn, Südbahn) für den Durchzug der feindlichen Truppen gegen Deine Länder geöffnet werden sollten, so werde Ich Mich an die Spitze Meiner Deutsch-Oesterreicher stellen und den Durchzug mit Waffengewalt verhindern. Darauf kannst Du fest vertrauen. Auf die Truppen der andern Nationalitäten kann man sich in dem Falle nicht verlassen.

In treuer Freundschaft

gez. Karl

Nr. 89

Kaiser Wilhelm an Kaiser Karl

Telegramm

Hofzug, den 30. Oktober 1918

An des Kaisers von Oesterreich, Apostolischen Königs von Ungarn Majestät

Mit Bewegung habe ich Dein Telegramm mit der Nachricht über den Antrag zum Waffenstillstand an Italien gelesen. Ich bin überzeugt, daß Deine Deutsch-Oesterreicher, an der Spitze ihr Kaiserlicher Herr, sich wie ein Mann gegen schmachvolle Bedingungen erheben werden, und danke Dir dafür, daß Du Mir dies noch besonders versicherst.

In treuer Freundschaft

gez. Wilhelm

Nr. 89a*)

**Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr
von dem Bussche an den Staatssekretär a. D. von Hintze
im Grossen Hauptquartier**

Telegramm

Abgegangen: 8 Uhr 30 Min. nachm.

Berlin, den 30. Oktober 1918

Botschafter Wien telegraphiert am 29:

„Wie Major Fleck meldet, wurde er von Kaiser Karl beauftragt, Seiner Majestät zu melden, wie ihm der Friedensschritt schwer geworden sei.

Auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß der Durchmarsch gefordert werden könne, erwiderte Kaiser Karl, falls diese eintrete, wolle er sich zur Verteidigung des Vaterlandes an die Spitze der Deutschen stellen. Wie diese Aeüßerung nach bisherigen Erfahrungen zu bewerten ist, steht dahin.“

gez. B u s s c h e

*) Neu aufgenommen

Nr. 90

**Der Kaiserliche Botschafter in Wien Graf Wedel
an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Abgeg. 12 Uhr 35 Min. nachm. — Angek. 3 Uhr 30 Min. nachm.

Wien, den 3. November 1918

Kaiserliche Regierung hat Waffenstillstandsbedingungen angenommen, dabei Hoffnung hinzugefügt, Entente werde Bahnen nicht zum Durchmarsch gegen Deutsches Reich benutzen. Dieser Zusatz wird auf Entente schwerlich Eindruck machen. Stellungnahme der Deutsch-österreichischen Regierung noch nicht erfolgt, da Bedingungen noch nicht veröffentlicht sind. — Waffenstillstandsbedingungen sind, soweit bekannt: Räumung bis Brenner, Auslieferung halber Artillerie, Demobilisation bis auf 20 Divisionen, Entfernung reichsdeutscher Truppen binnen 15 Tagen, Besetzung aller strategisch wichtigen Punkte, Uebergabe der Bahnen.

gez. Wedel

**Der Kaiserliche Botschafter in Wien Graf Wedel
an den Reichskanzler Prinzen Max von Baden**

Bericht

Durch Feldjäger

Wien, den 3. November 1918

Vertraulich

Gestern wurde der deutsche Staatsrat nach Schönbrunn berufen. Wie mir Staatssekretär Dr. Adler erzählt, hat der Kaiser dem Staatsrat die Waffenstillstandsbedingungen vorgelesen und dann in längerer Rede gesagt, dieselben verstießen gegen seine Ehre und seien unannehmbar. Die Rede habe aber in die Erklärung ausgeklungen, annehmen müsse man sie aber doch. Zweck der Berufung sei gewesen, die Zustimmung des Staatsrats zu erhalten, um denselben mitverantwortlich zu machen. Er habe sich aber gehütet, in diese Falle zu gehen.

Die Bedingungen seien eine reinliche Kapitulation und, daran zweifle er keinen Augenblick, so formuliert, um Deutschland von dieser Seite angreifen zu können. Wenn wir den Waffenstillstand nicht bekämen, so würde der Aufmarsch der Entente in Oesterreich und Ungarn unter tätiger Mitwirkung der Ungarn, Tschechen und Südslaven beginnen, während Deutsch-Oesterreich trotz innerer Entrüstung der ohnmächtige Zuschauer sein werde.

Wie wir in diesem Fall unsere Grenzen verteidigen wollten, müsse uns überlassen bleiben. Seine Stellung würde natürlich erleichtert, wenn ein Kampf auf österreichischem Boden vermieden würde.

gez. Wedel

Nr. 92

***Der Kaiserliche Geschäftsträger in Konstantinopel
Graf von Waldburg an das Auswärtige Amt***

Telegramm

Abgegangen: 31. Oktober, 8 Uhr vorm. — Angekommen: 2. November, 9 Uhr 35 vorm.

Konstantinopel, den 31. Oktober 1918

Dringend

Waffenstillstand heute mittag 1 Uhr abgeschlossen. Drahte Bedingungen sobald bekannt.

Waldburg

Nr. 93

**Der Staatssekretär a. D. im Grossen Hauptquartier v. Hintze
an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Angekommen: 30. Oktober, 2 Uhr 35 Min. nachm.

Auszug

Großes Hauptquartier, den 30. Oktober 1918

Oberste Heeresleitung mitteilt nachstehende Agentennachricht vom 25. d. M. aus Bern:

... Augenblicklich findet im französischen Hauptquartier Besprechung zwischen Haig, Pershing und Foch statt. wegen der zu stellenden Waffenstillstandsbedingungen. Besprechungen sind nicht abgeschlossen, bisher werden folgende Ansprüche der Alliierten verlautbart:

1. Strikte Abweisung von Verhandlung mit Ludendorff oder anderen Mitgliedern des Hauptquartiers. Dagegen Einwilligung zu Verhandlung mit einer zu diesem Zweck vom Reichstag erwählten Kommission.
2. Rückzug der deutschen Truppen bis an die Grenze.
3. Sofortige Okkupation dieses geräumten Gebietes durch die Alliierten.
4. Verbleib sämtlichen Kriegsmaterials in dem zu räumenden Gebiete.
5. Räumung Elsaß-Lothringens und Besetzung der Städte Metz und Straßburg durch die Alliierten.

gez. Hintze

Nr. 94

**Der Kaiserliche Gesandte in Bern von Romberg
an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Abgegangen: 28. Oktober, 10 Uhr 15 Min. nachm.
Angekommen: 29. Oktober, 1 Uhr 45 Min. vorm.

Bern, den 28. Oktober 1918

Dringend

Zwecks Weitergabe an mich haben sich mehrere Bundesratsmitglieder gegenüber Mitgliedern der Deutschen Kriegsgefangenenkommissionen dahin ausgesprochen, daß sie keine Möglichkeit mehr sähen, wie die Abdankung des Kaisers vermieden werden könnte. Ohne jeden Zweifel würden wir uns in allernächster Zeit einer brutalen (verstümmelt) der Entente gegenübersehen. Die Dynastie sei noch zu retten und der hoffnungslose Endkampf zu vermeiden, wenn wir jetzt noch freiwillig das Opfer brächten. Die Betreffenden begründen ihren Rat auch vor allem mit der Gefahr der Revolution, in die auch ihr eigenes Land hineingezogen zu werden drohe. Sie meinen, wenn Seine Majestät der Kaiser sich opfert und in einem Appell seinen jugendlichen Enkel der Treue seines Volkes und der Armee, insbesondere des Feldmarschalls von Hindenburg empfehle, er damit nicht nur starke Sympathie im Ausland erwecken, sondern auch den Umsturzgedanken in Deutschland noch ersticken werde.

gez. Romberg

**Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Solf an den
Staatssekretär a. D. im Grossen Hauptquartier von Hintze**

Erlaß

Abgegangen mit Kurier: 31. Oktober

Berlin, den 31. Oktober 1918

Gesandter Bern telegraphiert*):

„Schweizer Regierungsvertreter, die ich heute sprach, verstehen nicht, wie man über den Sinn der Wilsonnote noch im Zweifel sein könne. Dies betont noch ausdrücklich der Vertrauensmann, der mitteilt, daß alle hier anwesenden Amerikaner von Bedeutung übereinstimmend geäußert hätten, man werde nun wohl endlich in Berlin den Wink verstanden haben. Bei allen habe Entlassung General Ludendorffs einen überaus schlechten Eindruck insofern hervorgerufen, als man sage, der Kaiser entlasse seine besten Leute, um sich persönlich zu retten, er sei imstande, auch noch von Hindenburg fortzuschicken; daraus gehe hervor, daß er immer noch hoffe, das alte System zu retten, und daß er die Demokratisierung nicht ernstlich wolle. Es sei vorerst umsonst, zu versuchen, Amerika verständlich zu machen, daß durch unsere Verfassungsänderungen das alte Regime endgültig gestürzt ist, das sich in ihren Augen infolge der mit der Person des Kaisers betriebenen Agitation eben in der Persönlichkeit des Kaisers verkörpert. Nur das Ausscheiden dieser Persönlichkeit würde überzeugend wirken und für den Präsidenten einen Erfolg bedeuten, der ihm wiederum Ausschlag gebe, einflußreich (verstümmelt) den extremen chauvinistischen Einflüssen im eigenen Lande und der Entente (verstümmelt) begegnen. Allerdings müsse ungeheuer schnell gehandelt werden, da unsere letzte Note den Eindruck erwecken müsse, daß wir unsere letzten Worte gesprochen hätten und nunmehr die Bedingungen erwarteten, die nach Schlußabsatz der Wilsonnote, wenn von unserer Seite nichts mehr erfolge, nichts anderes als Forderung der Kapitulation sein könnten. Obige Auffassung beruht unter anderem auf einem Gespräch zwischen . . . und Vertrauensmann, in dem . . . auf die Ansicht, daß die nicht erfolgte Abdankung auf eine mißverständliche Auffassung der Wilsonnote zurückzuführen sein könnte, antwortete, er könne in amtlicher Eigenschaft hierauf nicht antworten, müsse aber als Privatmann sagen, daß Wilson nicht deutlicher habe werden können, ohne taktlos zu werden. Uebrigens sei wohl von Mißverstehen in Deutschland keine Rede, da ja die gesamte deutsche Presse die Note richtig verstanden habe.

gez. Romberg“

Staatssekretär

*) Rombergs Telegramm ist abgegangen am 30. Oktober, 11 Uhr 50 Min. nachm., angekommen am 31. Oktober, 3 Uhr 50 Min. vorm.

**Aufzeichnung
des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Dr. Solf**

Berlin, den 31. Oktober 1918

In keiner der bisherigen Mitteilungen des Präsidenten Wilson ist die Thronentsagung des Kaisers ausdrücklich verlangt worden. Andeutungen enthalten folgende Stellen in seinen Noten:

1. Note vom 14. Oktober:

„Zur Vermeidung jeder Möglichkeit eines Mißverständnisses hält es der Präsident weiter für nötig, die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands in feierlichster Form auf den Wortlaut und den klaren Sinn einer der Friedensbedingungen zu lenken, die die deutsche Regierung soeben angenommen hat. Sie ist in der Ansprache des Präsidenten in Mount Vernon am 4. Juli d. J. enthalten und lautet:

„Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens eine Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit.“

„Und die Macht, die bisher die deutsche Nation beherrscht, ist von der hier beschriebenen Art. Es liegt innerhalb der Wahl der deutschen Nation, das zu ändern. Die oben angeführten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die dem Frieden vorangehen muß, wenn anders der Friede durch die Handlungsweise des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident fühlt sich verpflichtet zu sagen, daß nach seinem Urteil die ganze Durchführung des Friedens von der Bestimmtheit und dem zufriedienstellenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, die in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich notwendig, daß die gegen Deutschland verbundenen Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie es zu tun haben.“

2. Deutlicher heißt es im letzten Absatz seiner Note vom 23. Oktober:

„Der Präsident hält es für seine Pflicht, ohne alle Versuche, das, was schroff klingt, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen und setzen können, die bisher die Herren der deutschen Politik gewesen sind.“

3. Am Schluß der Note sagt er:

„Wenn sie (die amerikanische Regierung) jetzt mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands verhandeln soll oder zu gewärtigen hat, später mit ihnen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Deutschen Reiches verhandeln zu müssen, muß sie statt Friedensverhandlungen Uebergabe verlangen.“

Es hat bisher nicht unzweideutig festgestellt werden können, ob der Präsident mit diesen Wendungen nur das System und die verfassungsrechtlichen Bestimmungen treffen will, oder ob er bestimmte Persönlichkeiten im Auge hat. Versuche zur Klarstellung sind gemacht worden und noch im Gange, haben aber ein endgültiges Ergebnis bisher nicht gehabt. Das neutrale Ausland faßt Wilsons Absichten überwiegend dahin auf, daß er tatsächlich die Thronentsagung wünscht. Diese Ansicht gründet sich auf die Auslegung der Wilsonschen Kundgebungen, auf Eindrücke aus Unterredungen mit den Vertretern Amerikas und der Entente, insonderheit auf folgende Erwägungen:

„Wilson selbst wünscht den Rechtsfrieden auf der Basis seiner Programmpunkte. Die Entente sträubt sich gegen die Annahme dieses Programms. Sie wünscht den Friedensschluß auf Grund ihrer eigenen, sehr viel härteren Bedingungen. Ebenso fordert in Amerika die republikanische Partei unter Führung Roosevelts die unbedingte Unterwerfung Deutschlands. Von diesen Strömungen ist der Politiker Wilson um so abhängiger, als am 5. November die Wahlen zum amerikanischen Repräsentantenhaus bevorstehen, in dem die demokratische Partei, also Wilsons Partei, wenige Stimmen Mehrheit besitzt. Gehen diese Stimmen verloren, so wird dem Präsidenten die Durchführung seines Friedensprogramms erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Denn trotz aller Machtbefugnisse ist der amerikanische Präsident letzten Endes doch von der Stimmung der Wähler abhängig. Wenn also auch Wilson persönlich die Thronentsagung als eine Forderung ansieht, die für ihn erst in zweiter Linie steht, so bedarf er doch dieses Symbols, um der Entente und der amerikanischen öffentlichen Meinung durch einen augenfälligen Erfolg zu beweisen, daß sein Kriegsziel, die Demokratisierung der Welt, durch Beseitigung der deutschen Militär- autokratie erreicht ist. Verfassungsänderungen genügen diesem Zwecke nicht, da die amerikanischen Massen die deutsche Verfassung und damit auch ihre Aenderungen nicht verstehen. Der Kaiser hingegen ist in der amerikanischen öffentlichen Meinung, wie die Lektüre der Zeitungen und der illustrierten Blätter zeigt, die Personifikation von Autokratie und Militarismus. Die Thronentsagung würde daher als ein nicht wegzuleugnender Erfolg der Wilsonschen Politik seine Stellung stärken und ihm voraussichtlich trotz aller Widerstände die Durchführung seines Programms ermöglichen. Ohne diese Stärkung seiner Stellung wird befürchtet, daß Wilson dem Drucke nachgeben muß und Deutschland verschärfte Friedensbedingungen im Sinne der Entente auferlegt werden.“

gez. Solf

**Der Chef des Generalstabes des Feldheeres
Generalfeldmarschall von Hindenburg
an den Reichskanzler Prinzen Max von Baden**

Schreiben

Großes Hauptquartier, den 1. November 1918

Zu meinem Bedauern habe ich erfahren, daß der Armeebefehl, den ich am 24. Oktober zur Erläuterung der Antwort des Präsidenten Wilson erlassen habe**), die Auslegung erfahren hat, daß er sich im bewußten Gegensatz zu den Absichten der Reichsleitung befinde oder diesen vorgereifen wolle.

Ich lege daher Wert darauf, Euerer Großherzoglichen Hoheit darzulegen, wie dieser Armeebefehl zustande kam und in der Pressebesprechung am 25. Oktober bekanntgegeben wurde.

Nachdem am 24. Oktober vormittags im Großen Hauptquartier die Antwort des Präsidenten Wilson bekannt geworden war, mußte erwogen werden, wie sie den Truppen erläutert werden sollte. Es mußte vermieden werden, daß sie ohne Erläuterung durch die Zeitungen oder durch Funkprüche den Truppen bekannt wurde. Die zuständigen Bearbeiter entwarfen daher ein für die Armeeoberkommandos bestimmtes Telegramm, das sich auf Ausführungen stützte, die nach telephonischer Mitteilung am 24. Oktober in einer beim Auswärtigen Amt stattgehabten Besprechung mit Vertretern der Presse abgegeben waren. Bei dieser Besprechung hatten Oberst v. Haefthen vom militärischen Standpunkt und Geheimrat v. Stumm vom politischen Standpunkt Ausführungen gemacht, die in dem für die Armeeoberkommandos bestimmten Telegramm verwertet wurden.

Der Telegrammentwurf wurde dem Ersten Generalquartiermeister und mir mit der Meldung vorgelegt, daß er der Auffassung der Reichsleitung entspreche. General Ludendorff wie ich trugen daher keine Bedenken, dieses Telegramm an die Armeeoberkommandos zu erlassen.

Am 25. Oktober vormittags erbat sich der Chef des Kriegspresseamts Instruktionen für die an diesem Tage stattfindende Pressebesprechung. Ihm wurde mitgeteilt, daß das vorerwähnte Telegramm zur Wilsonnote an die Armeen ergangen sei. Er schlug vor, dieses Telegramm vertraulich, als nicht zur Veröffentlichung bestimmt, den Pressevertretern mitzuteilen, weil zu erwarten sei, daß sie den Inhalt des Telegramms auf anderem Wege erfahren würden, und damit die Gefahr bestand, daß es veröffentlicht wurde. Da General Ludendorff und ich uns auf der Fahrt nach Berlin befanden, hat der zuständige Bearbeiter, ohne von uns dazu ermächtigt zu sein, sein Einverständnis erteilt, daß das für die Armee bestimmte Telegramm auch bei der Pressebesprechung als vertraulich bekannt-

*) Neu aufgenommen.

**) Vgl. Nr. 76 b.

gegeben wurde. Er trug dazu keine Bedenken, weil er der Ansicht war, daß das Telegramm die Ansicht der Reichsleitung wiedergebe. Aus dem gleichen Grunde unterließ es der Chef des Kriegspresseamts, sich vor Bekanntgabe der ausdrücklichen Zustimmung der Reichsleitung zu versichern.

Als am 25. Oktober mittags festgestellt wurde, daß die Voraussetzung, der Inhalt des Telegramms entspreche der Auffassung der Reichsleitung, nicht zutrefte, ist angeordnet worden, das an die Armeeoberkommandos gerichtete Telegramm anzuhalten.

Euer Großherzogliche Hoheit wollen hieraus ersehen, daß der Erlaß des Telegramms und seine Bekanntgabe in der Pressebesprechung in der Annahme erfolgte, in Uebereinstimmung mit der Reichsleitung zu handeln, und daß, als festgestellt wurde, daß dies nicht der Fall war, sofort alles geschehen ist, um die Folgen des Irrtums einzuschränken.

von Hindenburg, Generalfeldmarschall

Nr. 96b*)

Aufzeichnung über das Ergebnis der Sitzung der Staatssekretäre (erweiterter Kriegsrat)

vom Sonnabend, den 2. November 1918, nachm. 6 Uhr

Es ergab sich im Anschluß an einen Antrag Erzberger folgendes Einverständnis:

Wenn die Waffenstillstandsbedingungen entgegengenommen werden, wird außer der militärischen Persönlichkeit eine politische zugegen sein müssen. Es wird sich darum handeln, daß bei schweren Bedingungen die Verhandlungen nicht zum Abbruch gelangen, sondern daß sofort Gegenfragen gestellt werden über unklare Punkte, die nicht gleich beantwortet werden können, so daß sich ein Fortgang der Verhandlungen von selbst ergibt. Hierzu wäre, soweit sich die Verhältnisse ohne eine Erklärung des Auswärtigen Amts und der Obersten Heeresleitung beurteilen lassen, außer Exzellenz v. Hintze noch ein Staatssekretär zuzuziehen, der die Lage von hier aus kennt, am besten der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, im Falle seiner Unabkömmlichkeit ein anderes Mitglied des Kriegsrats. Von Exzellenz Erzberger wurde Exzellenz Haußmann vorgeschlagen. Ueber die Personenfrage soll aber nicht verhandelt werden, bevor das Auswärtige Amt mit der Obersten Heeresleitung in schleunige Verbindung getreten ist.

Hierum soll der Staatssekretär des Auswärtigen Amts sofort ersucht werden.

*) Neu aufgenommen.

Nr. 97

***Der Kaiserliche Gesandte in München, v. Treutler,
an das Auswärtige Amt***

Telegramm

Telephonisch übermittelt: 7 Uhr nachm.

München, den 2. November 1918

Unabhängige Sozialdemokraten werden morgen hier eine Versammlung abhalten, die die Abdankung des Kaisers fordern wird.

gez. Treutler

Nr. 98

**Der Kaiserliche Gesandte in Bern v. Romberg
an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Abgegangen: 3. November 10 Uhr 20 Min. nachm.

Angekommen: 4. November 3 Uhr 5 Min. vorm.

Bern, den 3. November 1918

Dringend

Ganz geheim

Verschiedene Vertrauensleute bestätigen unabhängig voneinander, daß ausschlaggebender Einfluß Wilsons erheblich gefährdet sei, und daß er wegen Ausbleibens des Erfolges in der Abdankungsfrage zur Anwendung der in seiner Note erwähnten zweiten Alternative, der bedingungslosen Kapitulation, gezwungen sein würde. Besonders schädlich scheint eine Nachricht bei der Entente gewirkt zu haben, wonach im Bundesrat von Bayern die Abdankung des Kaisers vergeblich gefordert worden sei und in Bayern an maßgebender Stelle der Eindruck bestehe, daß Seine Majestät der Kaiser den Plan verfolge, bei der ersten Gelegenheit die neue deutsche Regierung zu stürzen. Es wird sogar behauptet, daß Bayern Abgesandten der Entente zu verstehen gegeben hätte, daß Bayern sich von der Reichspolitik unter Umständen lossagen würde. Von zwei verschiedenen Seiten wird mir berichtet, daß in der Entente mit Bayerns Sonderbestrebungen ernst gerechnet werde. Diese Tatsache scheint jedenfalls richtig zu sein, ganz gleichgültig, ob die abenteuerlich klingende Nachricht von den bayerischen Emissären auf Schwindel beruht oder nicht.

Ein bewährter italienischer Freund teilt mir mit, daß unter den italienischen Sozialisten starke Neigung bestehe zu einer Kooperation mit einer wirklich demokratischen deutschen Regierung, die Person des Kaisers aber ausschließe.

gez. Romberg

Nr. 98a*)

**Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Freiherr
von dem Bussche an den Staatssekretär a. D. von Hintze
im Grossen Hauptquartier**

Telegramm

Abgegangen: 3. November, 10 Uhr nachm. — Angekommen: 4. November, vorm.

Berlin, den 3. November 1918

Gesandter Haag meldet unterm 2. November:

Von durchaus zuverlässiger diplomatischer Seite erfahre ich folgendes:

„Die Stimmung bei Ententelager ist sehr kriegerisch, auch in amerikanischer Gesandtschaft. Französische militärische Kreise hoffen, daß Waffenstillstandsbedingungen abgelehnt und propagieren, sie könnten kaum angenommen werden. Ehrgeiz französischer Armee verlange Verlegung Kriegsschauplatzes auf deutsches Gebiet; man wolle keinen Frieden, ohne dies erreicht zu haben.

Foch sei wenig zufrieden mit amerikanischen Leistungen an der Maas und werde die Leitung dort selbst in die Hand nehmen. Hierbei sollen größere französische Verbände teilnehmen. Entsprechende Truppenverschiebungen bereits eingeleitet.“

gez. B u s s c h e

*) Neu aufgenommen.

**Der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Seiner Majestät
Wirklicher Legationsrat von Grünau an das Auswärtige Amt**

Telegramm

Abgegangen: 8 Uhr nachm. — Angekommen: 9 Uhr 10 Min. nachm.

Hofzug, den 5. November 1918

Der Kaiser ließ mich eben rufen, um Seine Gedanken über Fortführung des Friedensgesprächs unabhängig von Waffenstillstandsverhandlungen näher auszuführen.

Nach den Vorgängen mit der Türkei und Oesterreich müsse damit gerechnet werden, daß die Bedingungen so weitgehend und erniedrigend seien, daß die Armee sich weigere, sich ihnen zu beugen. Daraus könne leicht ein Gegensatz zwischen der Auffassung der Armee und derjenigen der Regierung und den Wünschen des Volkes, das den Frieden wolle, entstehen. Vielleicht liege ein solcher Zwiespalt auch in der Absicht der Entente, um politisch unsere Widerstandskraft im kritischen Augenblick zu schwächen. Dieser Zwiespalt werde den Kaiser und die Regierung in eine höchst schwierige Lage bringen. Daher müsse darauf Bedacht genommen werden, Friedensverhandlungen unabhängig von den Verhandlungen über den Waffenstillstand anzubahnen und ihre Fortsetzung zu ermöglichen, selbst wenn die Verhandlungen über den Waffenstillstand scheiterten.

Der Waffenstillstand führe noch nicht ohne weiteres zum Frieden, wohl aber könnte sich aus dem Fortschreiten der Friedensverhandlungen eine Situation ergeben, in der Waffenstillstand oder wenigstens Waffenruhe leichter zu erzielen sei als heute.

Die Einleitung von Friedensverhandlungen, für die wir durch die Annahme des Wilsonschen Programms, durch die Zusage der Räumung, die tatsächliche Einstellung des U-Boot-Krieges und die innere Umgestaltung die Voraussetzungen geschaffen hätten, werde es erleichtern, eventuell bezüglich der Waffenstillstandsbedingungen hartnäckiger zu sein, da wir dann im Falle harter Bedingungen für den Waffenstillstand nicht ohne weiteres vor die Alternative gestellt werden, Annahme oder Abbruch mit nach außen hin in Erscheinung tretender Aufnahme des Endkampfes.

Die Kampfhandlungen würden dann ohne Aenderung ihres Charakters weitergehen, bis der Stand der Friedensverhandlungen den Eintritt der Waffenruhe ermöglicht.

Um die Friedens- von den Waffenstillstandsverhandlungen zu lösen und den Friedensfaden fortzuspinnen, ist der Kaiser auf die Anregung gekommen, die Waffenstillstandsverhandlungen auf dem Wege der Verhandlung von Armee zu Armee zu leiten. Ausgangspunkt hierfür könne sein, daß Wilson selbst die Festsetzung der Waffenstillstandsbedingungen als Aufgabe des Militärs bezeichnet habe. Wenn man dies aufgriffe und äußer-

lich den Militärs überlasse, könne man vielleicht die Friedensverhandlungen von etwas nicht Dazugehörigem entlasten und damit fördern, zumal jetzt Wilson bei der Entente nicht durchzudringen scheine. Konsolidiere sich aber die Front weiter, wie dies in den letzten Wochen geschehen sei, und verlangsamt sich der Erfolg der Entente auch infolge der schlechten Jahreszeit und komme man mit den Friedensverhandlungen weiter, so würde der Einfluß Wilsons und der friedensfreundlichen Elemente in der Entente sich erhöhte Geltung verschaffen können. Seine Majestät würde es sehr interessieren, die Ansicht der Regierung über diese Anregung zu erfahren.

gez. Grünau

Eigenhändige Randbemerkung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Dr. Solf vom 6. November: „Antwort erübrigt sich, nachdem Seine Majestät über Note und Waffenstillstandskommission bereits unterrichtet ist“.

Sitzung der Staatssekretäre am 5. November 1918

Protokollauszug

Anwesend:

Der Reichskanzler,
Exzellenzen von Payer,
Friedberg,
General Gröner,
Scheüch,
Graf Rödern,
Drews,
von Waldow,
von Krause,
von Mann,
Haußmann,
Bauer,
Scheidemann,
Solf,
Erzberger,
Gröber,
Trimborn,
Rüdlin,
Göppert,
General Hoffmann,
General von Winterfeldt,
Oberst von Haeften,
Major von dem Bussche,
Major Brinckmann,
Major von Harbou,
Direktor Deutelmoser,
Geheimrat Simons,
Geheimrat Nadolny,
Geheimrat Prinz Hatzfeld,
Geheimrat von Schlieben

Gröner*): Ich habe das dringende Bedürfnis gefühlt, hierherzukommen, um Ihnen über die Lage, wie ich sie auffasse, Auskunft zu geben. Ich halte es für dringend nötig, daß wir in allerengster Verbindung zusammenarbeiten und daß wir alle Entschlüsse, die wir zum Wohle des Vaterlandes fassen müssen, einmütig finden und durchführen.

Ich möchte zuerst auf die operative Gesamtlage kommen und mit wenigen Worten einen Rückblick geben, weil aus diesem Rückblick das Verständnis für unsere heutige Lage mit zwingender Logik folgt.

*) Der nachstehende Vortrag Grönors ist wörtlich verlesen worden.

Die politische Einkreisung der Friedensjahre ist restlos zu einer militärischen geworden. 1915 bis 1917 haben wir versucht, die Einkreisung zu durchbrechen und den Ring zurückzudrängen; dies ist zum Teil gelungen — nach Osten und Südosten. Dadurch haben wir unzweifelhaft eine wesentliche wirtschaftliche Stärkung zum Durchhalten erreicht, dafür eine militärische Schwächung in den Kauf genommen durch die Ausdehnung der Räume, die mit unseren Kräften nicht in Einklang stand. 1918 wurde ein erneuter Versuch gemacht, am stärksten Teil des Ringes, im Westen, die Entscheidung herbeizuführen. Der Versuch ist mißlungen. Damit rückte die Gefahr des Zusammenbruches unserer Verbündeten in allerbedrohlichste Nähe und ist sogar in einem Maße und einer Schnelligkeit eingetreten, wie sie nicht erwartet wurde.

Damit wurde freie Bahn für unsere Feinde geschaffen, die Einkreisung unmittelbar an die deutschen Grenzen heranzutragen. Die entschlossene und zielsichere politische Kriegführung unserer Feinde unter dem diktatorischen Dreigestirn Wilson, Clemenceau und Lloyd George läßt erwarten, daß auch die militärische Führung die vollkommenste Kriegsentscheidung, die Umzingelung und Kapitulation des deutschen Volkes, anstreben wird. Dabei finden die militärischen Operationen unserer Feinde eine kräftige Unterstützung in dem Bolschewismus, der von Osten und Südosten in unser Volk und Heer eindringt.

Bei längerer Fortsetzung des Krieges ist die Möglichkeit in unser Kalkül einzustellen, daß nicht nur die Rumänen den Krieg wieder aufnehmen, sondern auch die Tschechoslowaken und andere Teile unserer bisherigen Verbündeten aktiv die Operationen unserer Feinde unterstützen. Die passive Unterstützung ist ihnen schon durch die Waffenstillstandsbedingungen in der schärfsten Weise auferlegt.

Auf die zahlenmäßig große Ueberlegenheit unserer Feinde, nachdem das deutsche Heer auf sich allein gestellt ist, brauche ich nicht weiter hinzuweisen.

Es liegt nahe, unsere militärischen Kräfte durchaus zu konzentrieren und alle auf dem weiten Ringe im Südosten und Osten noch befindlichen Teile an die deutsche Grenze zurückzuziehen. Dies ist bereits befohlen für alle Truppen in Ungarn und Rumänien. Wir hoffen, daß ein Abtransport mit der Eisenbahn möglich sein wird; andernfalls müssen sie sich durchschlagen. Die geringen Truppen und Formationen, die sich noch auf dem italienischen Kriegsschauplatz befinden, sind auf dem Rückwege. Wie die Truppen aus Kleinasien herauskommen werden, ist noch nicht zu übersehen.

Besonderer Erwägung bedarf es, ob es geboten ist, die Truppen im Osten einschließlich Ukraine zu belassen. Abgesehen von politischen und wirtschaftlichen Momenten ist zu bedenken, daß mit dem Zurückziehen der Truppen der Bolschewismus der aufgegebenen Gebiete sich bemächtigt und unserem Vaterlande auf den Leib rückt. Sollten wir durch unsere Feinde gezwungen werden, den Krieg bis zur völligen Unterwerfung fortzusetzen,

so bleibt nichts übrig, als auch diese Truppen zur unmittelbaren Verteidigung unserer Landesgrenzen zurückzuziehen.

Eine sofortige Aufgabe des gesamten Ostens zwecks Verstärkung des Westheeres erscheint, abgesehen von allen anderen, auch aus militärischen Gründen nicht geboten. Schnell*) würden die Truppen im Westen wegen der Transportlage, insbesondere in der Ukraine, doch nicht erscheinen können; die Kampffähigkeit dieser Truppen ist den Anforderungen des Westens nicht gewachsen, ihr innerer moralischer Wert durch die östlichen Einflüsse erschüttert. Es liegt die Gefahr der Infiltration der noch braven Truppen des Westheeres vor. Vor dem Einsatz dieser Osttruppen im Westen müßten sie eine längere stramme Ausbildungszeit erhalten.

Die politische Kriegsleitung hat zu entscheiden, ob aus politischen und wirtschaftlichen Gründen das Verbleiben der Truppen im Osten wertvoller ist.

Ich komme auf die einzelnen Kriegsschauplätze.

An der Reichsgrenze gegen das bisherige österreichisch-ungarische Gebiet sind Grenzschutzmaßnahmen getroffen. Nachdem die Reichsregierung die Erlaubnis zum Betreten Tiroler Bodens gegeben hat, wird der Schutz Bayerns an den taktisch günstigsten Stellen im Gebirge erfolgen können. Sobald die dringende Notwendigkeit eintritt, hat der kommandierende General II. bayr. Armeekorps die Ermächtigung, die Brennerbahn zu zerstören. Außer den bayerischen Ersatztruppen sind zunächst für Tirol zwei Divisionen verfügbar. Das Alpenkorps soll aus Ungarn herangeführt werden. An der sächsischen und schlesischen Grenze sind Grenzschutz-Detachements in der Bildung begriffen. Das Generalkommando VI. Armeekorps ist nach Görlitz herangeführt.

Wenn auch ein Vorgehen deutscher Truppen auf böhmischem Boden aus rein militärischen Gründen zur Zeit nicht geboten ist, würde doch die Besetzung gewisser Punkte des deutschen Randgebietes zum Schutze der Bewohner gegen Mord und Plünderung in Frage kommen und durch die Reichsregierung baldigst zu entscheiden sein. In militärischer Beziehung käme zur Zeit lediglich die Besetzung von Bahnknotenpunkten jenseits der Grenze in Frage.

Die aus Rumänien und Südungarn zurückkommenden Truppen sind zunächst für eine Verwendung auf dem neuen südlichen Kriegsschauplatz vorgesehen. Sollten die Truppen aus der Ukraine zurückgezogen werden, so würden auch diese zum Teil für den Schutz der Südgrenze zur Verfügung stehen.

Ein Vorgehen des Feindes über Odessa durch die Ukraine und Polen gegen die deutsche Ostgrenze ist für eine geraume Zeit weniger wahrscheinlich.

*) Im Original gesperrt.

Westfront. Die Äußerungen hierüber sind das Ergebnis einer Aussprache mit den Armee-Oberkommandos. Seit Monaten steht die Westfront in schwerem Kampf. Während der Engländer zwischen Cambrai und St. Quentin immer wieder den Durchbruch versuchte, liefen Franzosen und Amerikaner gegen unsere Stellungen zwischen Suippes und Maas an. An verschiedenen Stellen kam es zu tiefen Einbrüchen. Da der Mangel an Reserven ein erfolgreiches Halten nicht möglich erscheinen ließ, wurde es nötig, unsere Front in kürzere, zur Abwehr geeignetere Linien zurückzunehmen. Es wurde daher die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht allmählich in die allgemeine Linie Gent—Tournai—Valenciennes—Landrecies und im Anschluß daran die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz hinter die Abschnitte der Oise—Serre—Aisne und Aire zurückgenommen. Der Feind drängte stets bald nach und erneuerte seine Angriffe. Während der Engländer seine Hauptkräfte auch weiterhin zum Durchbruch in Richtung Maubeuge ansetzte und unterstützt von Franzosen und von Amerikanern seine Angriffe in Flandern wiederholte, richtete sich der Hauptstoß der Franzosen und Amerikaner gegen die Front zwischen Oise und Serre, gegen die Front beiderseits der Aisne westlich Rethel und gegen die Front zwischen Vouziers und der Maas.

Die Schwierigkeit, die augenblicklichen Stellungen dauernd zu halten, liegt in erster Linie in dem Mangel an Reserven und Ersatz. Ende Oktober verfügte die Entente an der Westfront über 96 Divisionen in Reserve gegenüber 58 deutschen Divisionen. Dieses Zahlenverhältnis hat sich durch die notwendig gewordene Entsendung von Truppen an die deutsche österreichische Grenze und infolge der Zurücknahme der österreichischen Divisionen an der Westfront weiter zu unseren Ungunsten verschoben. Die durchschnittliche Bataillonsstärke beträgt beim Franzosen etwa 600, beim Engländer etwa 700, beim Amerikaner etwa 1200, während sie bei uns auf durchschnittlich 500 Mann gesunken ist. So ist es nötig, Divisionen, die abgekämpft und übermüdet aus der Front zurückgezogen waren, oft nach wenigen Tagen der Ruhe und ohne ausreichende Zuführung von Ersatz wieder einzusetzen.

Mit der Fortsetzung der starken feindlichen Angriffe ist zu rechnen. Es ist daher mehrfach sehr ernst der Entschluß erwogen worden, die Armee in eine kürzere und Kräfte ersparende Linie, in der ungefähren Linie Antwerpen—westlich Brüssel—Charleroi—Maas zurückzunehmen. Dagegen sprachen aber schwerwiegende Gründe. Die politische Lage erforderte es, so lange als möglich größeren Geländeverlust zu vermeiden. Die vollständige Räumung des aufzugebenden Gebietes, in dem sich noch bis vor wenigen Tagen 80 000 Verwundete befanden und das mit ungeheuren Vorräten an Kriegsmaterial und Vorräten aller Art angefüllt ist, ist nicht unter mehreren Wochen durchzuführen. Die Eisenbahnlage im besetzten Gebiet, die schon jetzt äußerst gespannt ist, wird sich bei der Zurücknahme der Front durch den Verlust eines engmaschigen Eisenbahnnetzes mit zahlreichen leistungsfähigen Betriebsbahnhöfen aufs neue der-

art verschärfen, daß zwar eine notdürftige Versorgung der Truppen in der neuen Stellung durchführbar erscheint, die Möglichkeit zu schnellen Truppenverschiebungen hinter der Front aber nahezu aufhört. Auch führt jeder Schritt rückwärts zu einer Einschränkung unseres wirtschaftlichen Lebens und damit vor allem zur Schädigung unserer Kriegsindustrie.

Immerhin kann die Oberste Heeresleitung den Entschluß, weiter auszuweichen, nicht länger hinausschieben. Ihre erste Pflicht ist und bleibt es, eine entscheidende Niederlage des Heeres unter allen Umständen zu vermeiden. Gelingt dem Feind der Durchbruch, so besteht aber diese Gefahr, da die Oberste Heeresleitung über genügende kampfkraftige Reserven nicht mehr verfügt. Schwenkt die nördliche Heereshälfte somit allmählich in die angegebene Linie zurück, so ist zu hoffen, daß für etwa 14 Tage schwere Kämpfe vermieden werden, damit etwas Zeit und Ruhe für die ermüdete Truppe gewonnen wird. Die militärische Lage verbessert sich aber im großen nicht, da die Stellung nicht fertig ausgebaut ist und die Eisenbahn- und Wirtschaftsfragen sich erheblich verschlechtern. Bei der Zurücknahme der Front ist es nicht zu vermeiden, daß ein größerer Teil Belgiens wieder schwer geschädigt wird. Wenn auch durch schärfste Befehle jede Verwüstung des Landes verboten ist, so sind die aus militärischen Gründen notwendigen Zerstörungen und Härten für die betroffene Bevölkerung nicht zu vermeiden.

Die Berichte über die Stimmung im Heere lassen erkennen, daß einzelne Divisionen trotz langen Einsatzes und erheblicher Verluste sich bewundernswert schlugen, während andere, die frisch in den Kampf kamen, ohne klar erkennbare Gründe versagten. Jedenfalls haben das Waffenstillstandsangebot und die mutlosen und unzufriedenen Presseäußerungen niederdrückend auf die Stimmung gewirkt. Von allen Seiten wird immer wieder gemeldet, daß die aus der Heimat zurückkehrenden Urlauber und die aus dem Osten herangeführten Ersatzmannschaften die Stimmung ungünstig beeinflussen. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die letzteren häufig von bolschewistischem Geiste angehaucht sind. Wo es gelungen ist, die Stimmung hochzuhalten, ist es insonderheit das Verdienst einzelner tatkräftiger Vorgesetzter. Es ist daher von ausschlaggebender Bedeutung, alles zu tun, um das Offizierkorps durch Ausbildung, richtige Anleitung und Erziehung wieder auf die Höhe zu bringen. Dazu ist aber erforderlich, daß auch in der Heimat alles getan wird, um die Stellung und das Ansehen des Offiziers wieder zu heben und jeder verhetzenden Propaganda scharf entgegenzutreten.

Beim Feinde sind die Verhältnisse fraglos günstiger. Durch die große Zahl der Reserven ist er in der Lage, seinen Divisionen längere Ruhezeit zu gewähren. Seine nach übereinstimmenden Meldungen der Truppe schweren Verluste konnte er bisher noch verhältnismäßig schnell durch Einstellung von Ersatz ausgleichen. Immerhin mehren sich die Anzeichen, daß auch dort die Stimmung, vor allem bei den Franzosen, schlechter wird, und daß die feindlichen Infanterieangriffe nicht mehr mit alter Kraft geführt

werden. Trotzdem hält unsere ermüdete Infanterie der schwächlich angreifenden feindlichen Infanterie nicht immer stand, wenn sie durch eine überwältigende Artillerie und zahlreiche Panzerwagen unterstützt wird.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die militärische Lage sich weiter verschärft hat. Wenn das Heer noch ungeschlagen ist, so ist dies dem in der Masse des Heeres noch vorherrschenden pflichttreuen und tapferen Geiste zuzuschreiben. Mehr und mehr tritt im Kampfe hervor die Macht der einzelnen Persönlichkeit, ob Offizier oder Mann. Dort, wo in den Herzen der Feldgrauen noch das heilige Feuer vaterländischer Begeisterung glüht, wird auch die leuchtende Tat geboren, und der Ansturm des Feindes zerschellt an dem freudigen Entschluß unserer braven Leute, das Leben für die Heimat hinzugeben. Wie soll etwa dieses heilige Feuer erhalten bleiben, wenn aus der Heimat durch die Polemik der Presse, durch die zurückkehrenden Urlauber, durch die aus russischer Gefangenschaft Heimgekehrten und Wiedereingestellten eiskalte und die Truppen entnervende Güsse über das Heer ausgeschüttet werden. Was wir von der Heimat fordern, ist nicht Kritik und Polemik, sondern Stärkung und Stählung von Herz und Seele. Wenn nicht schleuniger Wandel geschieht, richtet die Heimat das Heer zugrunde. Das habe ich pflichtgemäß hier zu erklären. Ebenso hat mich der Generalfeldmarschall beauftragt, in der Frage der Abdankung des Kaisers wörtlich zu erklären, daß er sich für einen Schuft hielte, wenn er den Kaiser verlassen würde, und so, meine Herren, denke ich und alle ehrliebenden Soldaten. Wie sollen die Tausende und aber Tausende von tapferen Offizieren und Soldaten den Entschluß zum Opfertode finden, wenn in ihre Herzen und Gewissen der Zwiespalt hineingetrieben wird. Wovon man in der Heimat keine Ahnung zu haben scheint, das ist die Psychologie des Heeres, das sind die Imponderabilien, auf denen der Gehorsam ruht. Hört die Hetze gegen den Kaiser nicht auf, so ist das Schicksal des Heeres besiegelt, es läuft auseinander. In der nach der Heimat zurückströmenden Soldateska bricht die menschliche Bestie hervor.

Des Generalfeldmarschalls und meine Gesamtauffassung ist: Der schlimmste Feind, dessen das Heer sich zu erwehren hat, ist die Entnervung durch die Einflüsse der Heimat, ist der drohende Bolschewismus.

Nur noch von kurzer Dauer kann der Widerstand sein, den das Heer dem Ansturm der äußeren Feinde bei deren gewaltigen Ueberzahl und angesichts der Bedrohung von Oesterreich-Ungarn her zu leisten vermag. Eine genaue zeitliche Befristung des Widerstandes läßt sich nicht geben, da diese einerseits von dem Verhalten der Heimat, andererseits von den Maßnahmen und dem moralischen und materiellen Zustand des Heeres abhängt. Die Beurteilung dieses Faktors ist zu leicht Selbsttäuschungen ausgesetzt, weshalb ich mich einer Aeüßerung enthalten muß. Die Rettung des Deutschen Reiches vor innerer Zersetzung und Zerfall ist es, wenn das Gefüge des Heeres fest, der Wille zum gemeinsamen Vaterlande ungebrochen und der Geist im Gehorsam erhalten bleibt.

Scheidemann fragt, ob die neuere Einziehung für die Stärkung der Kampfkraft des Heeres irgendwelche Bedeutung haben könnte. . . .

Gröner: Die neueingestellten Leute würden nur zum kleinsten Teile aus der Industrie genommen. Sie kämen auch nicht gleich in die kämpfende Truppe, sondern würden in die Rekrutendepots gestellt und ausgebildet. Erst wenn sie wieder fest geworden seien, würden sie zur Kampftruppe gebracht. Es sei unbedingt notwendig, diese Leute einzuziehen, weil wir auf alles vorbereitet sein müßten. Er verkenne nicht, daß dadurch Unruhe geschaffen werde. Ein Verzicht auf diese Ersatzmannschaften sei aber angesichts der augenblicklichen Lage nicht möglich. . . .

Erzberger: Die Grundgedanken der Ausführungen des Generals Gröner seien seiner Ansicht nach folgende:

1. Eine Verbesserung der militärischen Lage sei nicht zu erwarten.
2. Eine Zurücknahme bis an die Grenze sei in Aussicht zu nehmen.
3. Wie lange wir die Reichsgrenze oder die Maaslinie halten könnten, sei ungewiß.

Könne General Gröner die Verantwortung übernehmen, daß noch weiteres Blut vergossen werde, wenn die Lage sich nicht verbessern lasse?

Gröner wünsche, daß der Bolschewismus bekämpft werde. Zahlreiche Nachrichten gingen aber dahin, daß die schlechte Stimmung von der Front nach der Heimat getragen werde. Sei die schlechte Stimmung nicht auch mit darauf zurückzuführen, daß das Offizierkorps die Politik der neuen Regierung nicht mitmache und wünsche, daß es zur nationalen Verteidigung kommen soll?

Gröner: Die Fragen zu 1 und 2 könne er mit Ja beantworten. Für die dritte Frage könne er keine feste Frist angeben, da die Faktoren, welche den Widerstand verbürgten, nicht genau zu bestimmen seien. Bleibe die Armee im Gehorsam und der ausgezeichnete Geist dieser erhalten, so würden wir uns in rückwärtigen Stellungen noch einige Zeit halten können. Es komme ganz darauf an, ob Gegner seine Angriffsmöglichkeiten ausnutze. Eine feste Zeit für den möglichen Widerstand könne er nicht angeben. Wir könnten aber dadurch Zeit gewinnen für die Vorbereitung der Fortsetzung der Verhandlungen. Es müsse aber von der Heimat gesagt werden, die Armee müsse festhalten bis zum Abschluß. Daß schlechte Stimmung von der Front in die Heimat getragen werde, sei schon möglich, es werde hier wohl eine Wechselwirkung stattfinden. Bleibe die Armee ungebrochen, so würden wir bessere Bedingungen erhalten und für den Aufbau im Frieden eine bessere Grundlage haben. . . . Die Neuordnung in der Heimat habe natürlich im Offizierkorps verschiedene Regungen hervorgerufen, aber wenn Regierung und Reichskanzler zusammenstehen und sagen, wir wollen den Bolschewismus bekämpfen, so stehe das Offizierkorps geschlossen hinter ihnen.

Die nötige Zeit für Verhandlungen wird sicher von uns geschafft werden. Wenn wir Glück hätten, könnte die Zeit länger sein, bei Unglück kürzer; danach müßten die Verhandlungen in taktischer Hinsicht eingerichtet werden. Deshalb erstrebe er engste Verbindung mit der Reichsleitung.

Erzberger fragt, was General Gröner als kürzeste Frist ansehe, wenn alle ungünstigen Umstände zusammenfielen? Die Reichsleitung dürfte nicht noch einmal in Verlegenheit gesetzt werden.

Gröner: Gegenwärtig sei eine großzügige Rückzugsoperation eingeleitet. Diese sei bisher gut und glücklich verlaufen. Es komme darauf an, ob eine erhebliche Einwirkung des Feindes stattfinde, so insbesondere, ob an einer bestimmten sehr wichtigen Stelle alle Angriffe restlos abgewiesen werden könnten. Er sei nicht in der Lage, die Frage einwandfrei zu beantworten und bitte, sich noch einige Tage zu gedulden, bis die Operationen beendet seien . . .

(Folgt Beratung anderer Fragen.)

Wilson's vierte Note vom 5. November

Angekommen: 6. November, 11 Uhr 50 nachm.

In meiner Note vom 23. Oktober 1918 habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel den mit den Vereinigten Staaten verbundenen Regierungen übermittelt hat mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wofern sie einen solchen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten.

Der Präsident hat jetzt ein Memorandum der alliierten Regierungen mit Bemerkungen über diesen Notenwechsel erhalten, das folgendermaßen lautet:

„Die alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschlusse mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnlich sogenannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen einschließt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand bei Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.“

Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt, sondern auch wiederhergestellt werden müßten. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen dadurch, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Wasser und zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll.“

Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teil des Memorandums enthaltenen Auslegung einverstanden

ist. Der Präsident hat mich ferner beauftragt, Sie zu ersuchen, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden ist, gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen.

gez. Robert Lansing